

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung
an allen Werktagen
Abonnement
in der Stadt wöchentlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr wöchentlich M. 1,35,
außerhalb desselben M. 1,35,
hierzu Bestelgeld 20 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfündigungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die kleinspaltige Garnanzteile.
normales 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Montag, 16 Januar 1911.

28. Jahrg.

Nr. 12.

Vom württembergischen Landtag. Kritische Würdigung der Thronrede.

Die Thronrede beginnt mit der Anerkennung, daß in der letzten Landtagsperiode unter der unermüdeten Mitwirkung der vom Volke gewählten Vertreter die „bedeutsame Entwicklung des Landes einen ungestörten Fortgang genommen“ hat und schließlich mit der Erklärung des vollen Vertrauens, daß die Landstände auch in der zweiten Tagung ihre bewährte Pflichterfüllung zum Wohle des Volkes beizubringen werden. Dieses Geständnis ist wertvoll und bedarf besonderer Hervorhebung. Erstens ist ferner die Feststellung der Ertragssteigerung bei den Eisenbahnen, Forsten und der Landessteuern. Wenn dieser vermehrte Einnahme ein großer Ausfall vor allem bei der Post gegenübersteht, so darf man sich hierfür bei denen bedanken, die den Postvertrag zwischen Württemberg und dem Reich in Berlin als für Württemberg zu günstig demuziert und dadurch eine Änderung des Briefmarkenvertrags bewirkt haben, die sich bei der Bilanzierung des Staatshaushaltes als überaus schmerzhaft bemerkbar gemacht hat.

Sehr bemerkenswert ist das Jugeständnis der Besteuerung der Lebensbedürfnisse in den letzten Jahren, unseres Wissens das erste in einer deutschen Thronrede; die Regierung wird sich nur fragen müssen, inwiefern sie nicht selbst an dieser Besteuerung schuldig ist. Daß die Staatsbeamten begründeten Anspruch haben, ihr Einkommen den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend erhöhen zu sehen, ist von demokratischer Seite schon lange anerkannt worden. Und wenn die Thronrede jetzt die Erhöhung der Gehalte der Staatsbeamten, wie der Geistlichen und Volksschullehrer bekräftigt, so wird sie auf Seiten der Volkswirtschaftler mit Sympathie und Entgegenkommen finden.

Die Gehaltsaufbesserung hat zur Folge, die Eröffnung neuer Einnahmequellen. Diese Feststellung ist das bitterste der ganzen Thronrede, leider doch schon das ganze Land unter dem erst im vorhergehenden Jahr erhöhten Steuerdruck. Nähere Angaben über die geplante Steuererhöhung enthält die Rede nicht. Wahrscheinlich wird man auf die 12proz. Erhöhung der direkten Steuern zurückgreifen, die schon im Jahr 1909 geplant war, aber damals um 7 Proz. ermäßigt wurde. Die Vereinfachung der Staatsverwaltung soll ein-

geleitet werden durch die Aufhebung des Geheimen Rates, der entbehrlich geworden ist. Die Denkschrift über die Verwaltungsvereinfachungen wird ferner die Aufhebung der Kreisregierungen zur Anregung bringen. Auch in dieser Richtung werden der Regierung ernsthafte Schwierigkeiten kaum erwachsen.

Die weiteren Gesetzesvorlagen treten an Bedeutung erheblich zurück; im Einzelnen wird über sie später noch manches zu sagen sein.

Der Entwurf des Hauptfinanzetats

ist jetzt erschienen. Er stellt fest, daß im Rechnungsjahr 1909 sich einerseits die Besserung der wirtschaftlichen Lage, andererseits die stets eingehaltene Rücksichtnahme auf die Verabminderung der Ausgaben in einer nicht unwesentlichen Verbesserung des Abschlusses geltend gemacht hat. So kommt es, daß zur Befriedigung außerordentlicher Staatsbedürfnisse in den Jahren 1911/12 noch 1,6 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Ueber den voraussichtlichen Abschluß des laufenden Rechnungsjahres 1910 läßt sich derzeit eine sichere Angabe noch nicht machen; es wird jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben zureichen und sie wohl noch nicht unerheblich überschreiten. Der Entwurf des Hauptfinanzetats für 1911 und 1912 ist ganz überwiegend beeinflusst von der Neuordnung der Bezüge der sämtlichen Staatsdiener, der Lehrer an höheren Schulen, der Geistlichen und der Volksschullehrer. Der Mehrbedarf für diese Gehaltsneuordnung ist auf rund 8,1 Millionen Mark für 1911 und für 1912 auf rund 9,1 Millionen Mark veranschlagt. Daneben erfordern die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld im zweiten Jahr, ferner für Pensionen, sowie für die Departements der Justiz und des Kirchen- und Schulwesens, für das letztere insbesondere wegen Durchführung der Novelle zum Volksschulgesetz, Mehraufwendungen, für die daher Deckung gesucht werden muß. Unter Einrechnung dieses Mehraufwands ergibt sich für den gesamten allgemeinen Staatsbedarf einschließlich der Gehaltsaufbesserung gegenüber den Voranschlägen für das Jahr 1910 im Jahr 1911 ein Mehrerfordernis von rund 7,7 Millionen Mark, im Jahr 1912 ein Mehrerfordernis von rund 11,4 Millionen Mark. Diefem Mehrerfordernis stehen bei dem Ertrag des Kammerguts und den Deckungsmitteln beträchtliche Mehraufträge gegenüber, es ist insbesondere ein höherer

Betriebsüberschuss der Eisenbahnen in Aussicht zu nehmen, so daß der auf die Eisenbahnverwaltung fallende Teil des Mehraufwands für die Gehaltsaufbesserung unter gleichzeitiger Berücksichtigung der alsdann in der Zuweisung zum Eisenbahnreservefonds sich ergebenden Aenderung im ganzen Betrag aus diesen Ueberschüssen gedeckt werden kann. Nach Abrechnung dieses Anteils verbleibt gleichwohl ein durch die Gehaltsaufbesserung verursachter Mehrbedarf von rund 5,2 Mill. Mark im ersten und rund 6,2 Mill. Mark im zweiten Jahr, zu dessen Deckung neue Einnahmen erschlossen werden müssen.

Der Staatsetat für 1911 und 1912 ist ohne Einrechnung des durch die Gehaltsaufbesserung entstehenden Mehraufwands aufgestellt worden. Der gesamte Staatsbedarf berechnet sich ohne Einrechnung des Bedarfs für die Gehaltsaufbesserung für 1911 auf 103,9 Millionen Mark, für 1912 auf 106,5 Mill. Mark und beträgt gegen den Etatsjah von 1910 für 1911 mehr 2,5 Mill. Mark für 1912 mehr 5,2 Mill. Mark. Die Staatsschuld wird am 1. April 1911 voraussichtlich 627,6 Millionen Mark betragen. Zur Befriedigung außerordentlicher Bedürfnisse der Verkehrsanstaltenverwaltungen sollen dazu neue Anleihen im Gesamtbetrag von 36 Millionen Mark aufgenommen werden. Der Bedarf für das Departement des Kirchen- und Schulwesens ist gegenüber dem Etatsjah 1910 für 1911 um 303 773 Mark, für 1912 um 447 384 Mark höher veranschlagt; dieser Mehraufwand ist fast im ganzen Betrag durch die Anforderungen für das Volksschulwesen veranlaßt. Bei dem Etat der Territorialen Hochschule ist davon ausgegangen, daß jedenfalls in der Lausperiode 1911/12 der Betrieb in der bisherigen Weise fortzuführen ist. Die Staats für das Volksschulwesen enthalten wesentlich wegen der Bestimmungen der Volksschulnovelle, einen Mehraufwand der sich für das erste Jahr auf 273 010 Mark, für das zweite auf 428 637 Mark berechnet. Bei den matrikularmäßigen Ausgleichsbeiträgen konnte der Betrag für die Brausteuern gegen den bisherigen Etatsjah von 6,4 Mill. Mark auf 6 Mill. Mark herabgesetzt werden. Dagegen fordert der Ausgleichsbeitrag für den Ueberschuss der Reichspost- und Telegraphenverwaltung gegen den bisherigen Etatsjah von 1,4 Mill. Mark einen Mehrbedarf von 1,8 Mill. im ersten Jahr und von 2 Mill. im zweiten Jahr.

Der Reinertrag des Kammerguts ist für 1911 zu 43,7 Mill. Mark, für 1912 zu 45,3 Mill. Mark.

Das Ideal erhebt den Geist und reinigt das Herz, füllt den Willen und spornet ihn zu edlen Streben.

Die Versuchung.

Roman von Robert Graf Widenburg.

29

(Fortsetzung.)

Blüthlich fuhr er zusammen, wie unter einem Nadelstich... Was stand da...? Er traute seinen Augen nicht! Das war ja unmöglich... Und doch — da stand es schwarz auf weiß in großen, deutlichen Buchstaben:

„Als eine der reizendsten Erscheinungen unter dem lieblichen Flor junger Damen unserer besten Gesellschaft, welcher das wohlgeleitete Fest zierte, verdient noch besonders hervorgehoben zu werden: Fräulein Berta Bräuner, Tochter des bekannten Groß-Industriellen, und wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, glückliche Braut des Gutsbesitzers Hanns von Keitlinger, Leutnant i. d. E. im Dragonerregiment Nr. 1...“

Keitlinger las diesen Absatz schon zum zehntenmal und fragte sich immer noch, ob er nicht träume...? Aber nein! Er war wach! Wach wie nur einer! Und die Gedanken jagten in heilloser Verwirrung durch seinen Kopf...!

Hastig sprang er auf, griff nach seinem Hut und stürzte nach dem Ausgang. Er hatte zu zählen vergessen, und der Kellerer kannte ihn nach! Er gab ihm ein viel zu großes Geldstück und wartete nicht auf die Herausgabe, so daß der Bediente ihm lopschüttelnd nachsah und seinem Kollegen zurief: „Dast scho' so was g'seh'n — erst will er mit der Joch durchbrennen und nachher gibt er fünf Kran'n her für a' Naane Melanisch und a' Brot...!“

Wie ein Befessener stürzte Keitlinger in die Schulerstraße zur Redaktion. Aber als er sich endlich mit vieler Mühe an die maßgebliche Quelle durchgefragt hatte, erklärte ihm der betreffende Herr mit höflichem Abselzucken, daß er leider nicht in der Lage sei, den Verfasser des Artikels zu nennen.

Es war auch gar nicht mehr nötig! Als er wieder aus der Straße war, da fiel es ihm wie Schuppen von den Augen: Das war Sommersteins Geschick! Gar kein Zweifel möglich! Der brüskete sich ja immer mit seinen in-

timen Bekanntschaften in Journalistenkreisen und tat so wichtig mit seinem Einfluß...! Und seine feindseligen Blicke gesehen — dieses hämische Lächeln zum Schluß, als Keitlinger die Damen zum Wagen begleitete...! Also das war seine Rache!

Keitlingers erster Gedanke war: „Den elenden Kerl mit der Reitpeitsche vor die Pistole zwingen!“ Er stürzte ins nächste Kaffeehaus und ließ sich das Adressbuch geben. Aber noch ehe er den Gesuchten gefunden hatte, begann er über die unausbleiblichen Folgen eines solchen Schrittes nachzudenken:

„Wenn ich den Lujon über den Haufen schieß, kommt ein fürchterlicher Skandal heraus — alle Zeitungen sind voll davon — dieser Tratsch...! Und die Hauptperson in dem ganzen Spektakel ist meine Berta...! Den Herrn muß ich mir also auf später aufheben — da findet sich schon einmal eine bessere Gelegenheit! Aber jetzt? Was tun? In den Zeitungen ein Tementi loslassen? Das ändert an der Sache auch nichts mehr — nur der Tratsch und die Blamage werden noch größer...!“

So sah er noch eine Weile brütend und grübelnd da; und allmählich kam Klarheit in das wilde Chaos seiner Gedanken. Er holte tief Atem, richtete sich krafft auf wie einer, der einen großen Entschluß gefaßt hat und ging festen Schrittes nach dem Stubenting.

Berta war mit der Mama ausgegangen — er wollte auch gar nicht zu ihr — er war froh, ihr das Warten in banger Furcht vor dem Ausgang der Unterredung, die er vorhatte, ersparen zu können!

Herr Bräuner empfing ihn in seinem Arbeitszimmer:

„Na, na, was ist Ihnen denn über die Leber gelaufen!“ rief er nach dem ersten Blick in Keitlingers verdüstertes Gesicht. Dieser atmete etwas erleichtert auf; er tauschte also noch nichts — das war ihm viel lieber!

„Herr Bräuner,“ begann er und bemühte sich, seiner vibrierenden Stimme einen festen Klang zu geben. „Ich muß Sie um eine sehr ernste Unterredung bitten!“

„Na, das fängt ja recht feierlich an!“ sagte Herr Bräuner und richtete seine scharfen Augen abermals prüfend auf den jungen Mann, der seine Blicke mit ernster Festigkeit erwiderte. „Sagen Sie sich daher, und dann heraus damit! Wenn ich Ihnen was helfen kann — mit Vergnügen. Da nehmen Sie a' Zigaretten zur Beruhigung

Ihrer Nerven — Sie zittern ja ordentlich...! Ja sapienterament, was ist denn los mit Ihnen? Wollen Sie an' Skognal...?“

„Nein, nein — danke...! Herr Bräuner — ich bin hier um Ihnen ein Geständnis zu machen, das mir gerade in diesem Augenblick furchtbar schwer fällt...!“

„Na, nur heraus damit! Den Kopf wird's ja net gleich kosten!“

„Herr Bräuner — verzeihen Sie... ich bin zu aufgeregt, um viel Worte zu machen... Ich bitte Sie um die Hand Ihrer Tochter!“ Mit wahrer Kiesenanstrengung hatte Keitlinger diese Worte herausgeredet, und jetzt erwartete er mit dem Mut der Verzweiflung den vermeintlich unausbleibenden Zornausbruch!

Aber was war das...? Auf dem freundlichen, kugigen Gesicht des alten Herrn war nichts zu sehen von Zorn und Unwillen — in seinen fest auf ihn gehefteten Augen leuchtete es so sonderbar und um seine Mundwinkel zuckte es so seltsam...!

„Na, is das alles?“ sagte er ruhig. Keitlinger war sprachlos!

„Und da kommen Sie mit so einem Reichenbitterg'sicht daher...? Ja, was stieren Sie mich denn so an, als ob's das reinste Weltwunder wär, daß ich Ihnen net gleich den Kopf abreiß...?!“ Damit packte er Keitlinger bei beiden Schultern und schüttelte ihn mit aller Kraft, während er laut und fröhlich herauslachte:

„Ja, Mensch, was haben Sie denn eigentlich? Halten Sie mich denn für so dumm, daß ich die ganze Zeit geglaubt hab', Sie kommen wegen meinen schönen Augen so oft zu uns! Nein, mein lieber Keitlinger, so gute Augen hab' ich schon noch — und bei euch zwei hätt's ja ein Bistner mit dem Stod getroffen! Wenn wir nicht gewußt hätten, daß wir das Mädel ja doch einmal hergeben müssen, und daß Sie ein anständiger Mensch sind, gegen den sich nie einwenden läßt — na, da hätt' mer schon beiseiten ein Riegel vorgehoben...! Aber was haben Sie denn? Is Ihnen das noch nicht genug — daß Sie immer noch dreinschau'n wie vierzehn Tag' Regenwetter...! Jetzt wird mir die G'schick' unheimlich! Ja, so reden Sie doch einmal was...! Haben Sie jemand' umgebracht? Oder was haben Sie denn auf'm Bewissen...?“

(Fortsetzung folgt.)



Veranschlagt und beträgt gegen 1910 im ersten Jahr mehr 1,8 Mill. M., im zweiten Jahr mehr 3,5 Mill. M.

Bei den **F o r s t e n** ist für 1911 ein um 623 000 M., für 1912 ein um 213 000 M. höherer Reinertrag in Aussicht genommen. Bei den Berg- und Hüttenwerken hat der eingetretene Rückgang der wirtschaftlichen Lage den Geschäftsgang weiterhin ungünstig beeinflusst. Günstigere Verhältnisse können bei den Sämen in Aussicht genommen werden. Der Betriebsüberschuss der Eisenbahnen ist angenommen für 1911 zu 23,7 Mill. M., für 1912 zu 25,2 Mill. M., und beträgt gegenüber 1910 für 1911 mehr 3,6 Mill. M. und für 1912 mehr 5,1 Mill. M. Bei der Veranschlagung der Einnahmen aus dem Personenverkehr ist mit einer allgemeinen Verkehrssteigerung von jährlich 3 Proz., bei derjenigen aus dem Güterverkehr mit einer solchen von 2,75 Proz. gerechnet. In dem Etat der Post- und Telegraphenverwaltung für 1911 ein Ueberschuss berechnet von 1,9 Mill. M., für 1912 ein solcher von 8,9 Millionen M., das ist gegenüber dem Etatjahr von 1910 für 1911 ein Weniger von 1,4 Millionen Mark, für 1912 ein Weniger von 363 000 Mark. Die Einnahmen an Postporto- und Telegrammgebühren waren gegen 1910 erheblich niedriger, und zwar für 1911 um 2,4 Mill. M., für 1912 um 1,6 Mill. M. einzustellen, was im wesentlichen durch eine andere Regelung des Anteils Württembergs an den Einnahmen aus gemeinsamen Postwertzeichen veranlaßt ist. Der Betriebsüberschuss der Bodenelektrolichtverwaltung für das Etatsjahr 1911 zu 95 000 M., für 1912 zu 44 000 Mark angenommen, das ist gegen 1910 mehr für 1911 56 000 M., für 1912 41 000 M.

Für die **L a n d e s s t e u e r n** ist im ganzen ein Reinertrag für 1911 von 55 Mill. M., für 1912 von 56 Mill. Mark vorgesehen, so daß sich gegen den Etatjahr für 1910 ein Mehrertrag ergibt im ersten Jahr von 4,9 Mill. M., im zweiten Jahr von 5,6 Mill. M. Von diesem Mehrertrag entfällt über die Hälfte auf die Einkommensteuer nämlich 2,5 Mill. M. für 1911 und 2,9 Mill. M. für 1912. Auf die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer entfällt ein Mehrertrag im Jahr 1911 von 493 000 M., 1912 von 663 000 M., von dem Zuwachs des Gebäude- und Gewerbesteuerers herrührend. Der Mehrertrag bei der Kapitalsteuer beträgt im Jahr 1911 105 000 M., 1912 220 000 M. Bei der Umsatzsteuer kann wieder auf einen Mehrertrag gerechnet werden, der auf jährlich je 310 000 Mark veranschlagt ist. Bei den Sporteln und Gerichts- und Verwaltungskosten der Branntweinverbrauchsabgabe ist als Betrag der Ueberschüsse aus der Reichs- und Landessteuer die Summe von jährlich 6,2 Mill. eingestellt. Als Anteil Württembergs am Ertrag der Reichs- und Landessteuer konnten nur noch rund 560 000 M. vorgesehen werden, was eine Mindereinnahme von 476 000 M. bedeutet.

Kritik des Finanzetats.

Gene nur oberflächliche Betrachtung des Hauptfinanzetats zeigt, daß Württemberg finanziell nach wie vor auf dem Krebsgang ist. Zwar, die ordentlichen Einnahmen übersteigen etwas die ordentlichen Ausgaben, aber zur Befreiung des Stuttgarter Hauptbahnhofumbaus sieht sich der Finanzminister gezwungen, einen neuen Pump von 36 Millionen M. zu machen. Die Staatsschuld Württembergs, die am 1. April l. Js. 627 Millionen M. betragen wird, wird demnach bald das Sämmchen von 663 Millionen M. erfordern. Für die Beamtengehälterausbesserung, die Herr von Bescher kluger Weise nicht in den Etat einbezogen hat, sind gleichfalls jährlich weitere 8,1 bis 9,1 Millionen Mark übrig. Da es sich hier um „ordentliche“ Ausgaben handelt, müssen für sie auch „ordentliche“ Einnahmen geschaffen werden, also neue Steuern. Diese Steuern sind ebenförmig zu umgehen, wie der oben erwähnte Pump. Denn das Herz des Landes verlangt ebenfalls dringend nach einer Umgestaltung seiner Verhältnisse. Wie die Beamtenschaft nach der Ausbesserung. Auf einem Gebiet hat ja die Regierung bereits Neu-Einnahmen zu schaffen gesucht: der Erfolg der Sparpolitik drückt sich in einer ganzen Reihe Ziffern aus. Weitere Ersparnisse werden sich sicher noch erzielen lassen. Einen Teil des Aufwands will die Regierung durch eine Staatslotterie aufbringen, der große Rest aber erfordert neue Steuern. Darüber muß man sich klar sein.

Die Gehaltsneuordnung.

Der 13. Januar 1911 wird für die württembergischen Staatsbeamten auf lange Zeit ein bedeutungsvoller Tag sein. Hat er doch den langentwärtigen Entwurf zur Gehaltsausbesserung gebracht. Der Entwurf faßt die Beamten mit Berücksichtigung nach Dienstaltersstufen — nach dem Entwurf zum Hauptfinanzgesetz für 1911/12: 18 740 Beamte — in 50 Klassen zusammen, während bisher allein die Abteilung VI in dem Gehaltsverzeichnis nach der Staatsverabschiedung für 1909/10 52 mit verschiedenen Gehältern ausgestattete Beamtenklassen enthielt. Durch den Aufbau soll an dem bisher bestehenden Gehaltssystem nichts geändert werden. In erster Linie ist der Entwurf entsprechend den Abteilungen des Wohnungsgeldtarifs in 6 Hauptabteilungen gegliedert.

Im Allgemeinen enthalten die Abteilung I die Klassen der unteren Beamten, die Abteilung II die höherreichbaren Stufen dieser, die Beamten des sogenannten Assistentendienstes der Verwaltungen sowie die Anfangsstellen des sogen. mittleren Dienstes, die Abt. III die Vorrückungsstellen des letzteren sowie die Anfangsstellen des höheren Dienstes und die Abteilung IV bis Abt. VI die Vorrückungsstellen des höheren Dienstes. An der bisher vorgesehene dreifährigen Gehaltsvorrückung soll durch den Entwurf nichts geändert werden. Als Vorrückungsstufe ist für die unteren Beamten mit Ausnahmen der Klassen 1—3 der Abteilung I im allgemeinen der Betrag von 100 M. bei den Vorrückungsstellen auch der Betrag von 150 M. und von 200 M. vorgesehene worden. Für den sogen. Assistentendienst der Verwaltungsverwaltung werden Stufen von 150—200 M. für den sogenannten mittleren Dienst mit einer Ausnahme solche von 200 und 300 M. und für den höheren Dienst im allgemeinen

Stufen von 400 M. in den Vorrückungsstellen von 500 und 600 M. vorgesehen. Der durchschnittliche Aufbesserungsbetrag, welcher auf einen Beamten entfällt, berechnet sich im Beharrungszustand im ganzen auf 278,69 M.; in Abteilung I auf 216,15 M., in Abteilung II auf 240,19 M., in Abteilung III auf 350,26 M., in Abteilung IV auf 740,56 M., ohne Berücksichtigung der Bezirksbeamten und der ihnen gleichgestellten Beamten auf 549,25 M., in Abteilung V auf 500,34 M., in Abteilung VI auf 793,48 M. In Prozenten des bisherigen Gehaltsaufwands ausgedrückt beträgt die Ausbesserung im Beharrungszustand im ganzen 14,65 Proz. Im Einzelnen berechnet sie sich bei der Abteilung I auf 17,45 Proz., Abteilung II auf 12,53 Proz., Abteilung III auf 11,80 Proz., Abteilung IV auf 19,73 Proz., ohne die Bezirksbeamten und ihnen gleichgestellte Beamten auf 13,10 Proz., Abteilung V auf 9,18 Proz., Abteilung VI auf 11,37 Prozent.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Jan.

Kindermißhandlungen.

Bei der heutigen Fortsetzung der zweiten Lesung der Strafrechtsnovelle gab es zuerst eine lange Geschäftsordnungsdebatte, die ihren Untergrund hatte in der gestrigen übereilten Abstimmung über die Verschärfung der Beleidigungsparagraphen. Man tritt den Herren Abgeordneten nicht zu nahe, wenn man behauptet, daß ihre Mehrzahl gestern Abend nicht wußte, worüber abgestimmt wurde, die Konserverfabriken hatten es eben schlaue eingerichtet und mit ihrer Anregung, die scharfen Strafbestimmungen der Regierungsvorlage wieder herzustellen, die Linde übertrumpft. Der Präsident hatte, ohne daß ein Mensch ihn verstanden hatte, die Beratung über die gesamten von der Beleidigung handelnden Paragraphen als geschlossen erklärt. Als nun heute die Sozialdemokraten einen neuen Paragraphen wünschten, der die Abänderung des berühmten § 193 forderte, da erklärte der Präsident, daß dieser Antrag nicht mehr zur Abstimmung gebracht werden könne. In ziemlicher Erregung protestierte Abg. Stadthagen gegen dieses Dekret, und auch Abg. Dr. Müller-Meinungen konstatierte, daß erst im letzten Augenblick der Paragraph mit den drakonischen Strafen wegen Preßbeleidigung wieder eingebracht worden sei und daß es die Loyalität erfordere, angesichts der vorhandenen Mißverständnisse den sozialdemokratischen Antrag doch noch aus Gründen der Billigkeit zur Erörterung zu stellen. Sein Appell an das Haus, angesichts der Wichtigkeit der Angelegenheit für die deutsche Presse dem Antrag Gehör zu geben, fand begreiflicherweise bei den Herren der gegenwärtigen Mehrheit keinen Anklang. Wagner-Sachsen und Gröber, sowie Lattmann im holländischen Bunde sprachen gegen die Zulassung des Antrages, und nach stundenlangem Debatte erklärte sich die Blokmajorität, der sich einige wenige Nationalliberale angeschlossen, gegen die Beratung der sozialdemokratischen Anregung.

Nunmehr wurde endlich in der Beratung der Vorlage fortgefahren, und es kamen die Bestimmungen zur Besprechung, die sich auf eine schärfere Bestrafung für Roheitsverbrechen gegen Jugendliche und Kinder beziehen. Abg. Stadthagen bekämpfte einen vom Zentrum ausgehenden Kompromißantrag, der das Schutzalter von 18 auf 16 Jahre herabsetzen sollte, und erdörerte eingehend den Fall des Pastors Breithaupt in Rietschlin. Abg. Dr. Heinze von den Nationalliberalen wünschte den Schutz für die Jugendlichen nicht so weit ausgedehnt, daß auch für leichte Vergehen äußerst harte Strafen festgesetzt werden können. Inzwischen war der erwähnte Kompromißantrag zurückgezogen und ein neuer eingebracht worden, der eine bessere Fürsorge für die Fürsorgepflichtigen bezweckte und auch die Zuhälter treffen sollte. Abg. Dr. Müller-Meinungen konstatierte mit Recht, daß durch das ewige Einbringen und Zurückziehen von Anträgen eine große Verwirrung entsteht. Er wünschte, daß an dem Schutzalter von 18 Jahren festgehalten werde und daß hinsichtlich des Präzedenz in der Schule einheitliche Bestimmungen getroffen werden möchten. Die Kommissionsbeschlüsse hielt er im Wesentlichen für den richtigen Ausweg.

Der Staatssekretär Visco behandelte mit großer Gründlichkeit das Thema der schweren Bestrafung der Kindermißhandlungen. Als Schutzalter empfahl er zwar das 16. Lebensjahr, doch wird er schließlich auch mit dem 18. Lebensjahr einverstanden sein. Statt der Worte rohe oder boshafte Behandlung wollte er das Wort grausam eingefügt sehen. Der Geheimrat von Tischenendorf meinte wohl nicht mit Unrecht, daß hier nur Meinungsverschiedenheiten über den richtigen Weg, nicht aber über Ziel vorhanden sei. Von der Volkspartei griff noch der Abg. Hormann in die Debatte ein, der sehr energisch für den Schutz der Kinder vor den menschlichen Bestien eintrat.

Die Abstimmung gestaltete sich, wie vorauszusehen war, sehr kompliziert. Einige sozialdemokratische Anregungen drangen durch. Als Altersgrenze wurde das 18. Lebensjahr festgesetzt, als Tatbestand des Verfalls die grausame oder boshafte Behandlung bezeichnet. Die Bestimmungen im Ganzen wurden alsdann vom Hause so gut wie einstimmig angenommen, nach welcher nächtlichen Tätigkeit es sich auf morgen vertagte.

Deutsches Reich

Hochschullehrertag und Modernisteneid.

Der Ausschuss des deutschen Hochschullehrertags, der am 7. d. M. in Leipzig verhandelt war, hat folgende Erklärung beschlossen:

Der in Leipzig versammelte Ausschuss des deutschen Hochschullehrertags ist anlässlich der Vorbereitung von Satzungen für den Verein „Deutscher Hochschullehrertag“ übereinstimmend zu der Ansicht gelangt, daß diejenigen Mitglieder akademischer Lehrkörper, welche den Modernisteneid geleistet haben, nicht Mitglieder dieser Vereinigung sein können, weil sie damit den Verzicht auf

unabhängige Erkenntnis der Wahrheit und Bestätigung ihrer wissenschaftlichen Ueberszeugung ausgesprochen und so den Anspruch auf die Ehrenstellung eines unabhängigen Forschers verweigert haben.

v. Amira-München, Barth-Weipzig, Brentano-München, Garimann-Wien, Pappenheim-Niel, Stengel-Greifswald, Barkhausen-Danmøve, Binding-Weipzig, Chun-Weipzig, Krüger-Danmøve, Rein-Zema, v. Wettstein-Wien.

Zur Frage des Impfwangs.

Unter den Petitionen, welche den Reichstag beschäftigen, beanspruchen die Eingaben von Gegnern des Impfwangs ein allgemeines Interesse, über welche der Bericht der Petitionskommissionen vorliegt. Es sind eine ganze Anzahl solcher Petitionen eingereicht worden, eine auch von einem Arzt. Sie verlangen in erster Linie die Aufhebung des Impfwangs, in zweiter daß die Eltern, welche vor der Behörde erklären, die Impfung ihrer Kinder nach ihrem Gewissen nicht verantworten zu können, davon befreit werden, ferner daß den durch die Impfung Geschädigten ein Anspruch auf staatliche Entschädigung zugehen soll, schließlich für den Fall der Ablehnung dieser Forderungen, daß durch eine andere Fassung des Impfgesetzes die Polizeivollmacht und die Rechtsverschiedenheiten beseitigt werde. Der Vertreter des Reichsamts des Innern wiederholte in der Kommission die schon 1906 abgegebene Erklärung, daß die Verbündeten Regierungen an der Ueberzeugung von der Nützlichkeit der Impfungen und der Notwendigkeit des Impfwangs festhielten und befreit seien, Impfschädigungen durch geeignete Vorschriften möglichst vorzubeugen, dagegen eine Abschaffung des Impfgesetzes ablehnten. Geheimrat Professor Kirchner gab eine längere Darlegung gegen die Argumente der Impfgegner:

Seit Bestehen des Impfgesetzes sei in Deutschland nie wieder eine erhebliche Pocken-Epidemie beobachtet worden, und obwohl die Pocken in den Nachbarländern, namentlich in Rußland und Galizien, fortwährend in epidemischer Verbreitung herrschten und alljährlich durch die Sachseingänger eingeschleppt würden, vermochten sie in Deutschland doch nirgends festen Fuß zu fassen und hätten z. B. 1906 im ganzen nur 47 Todesfälle verursacht, während sie früher zahlreiche Opfer forderten. Eine Beseitigung des Impfwangs würde wieder Tausende von Todesfällen, Erbblindungen und sonstigen Entstellungen durch Pocken zur Folge haben. Die Einwände der Impfgegner seien durch veränderte Methoden behoben worden. Früher habe man die Uebertragung von schweren Krankheiten, so auch der Syphilis durch Menschenlympe behauptet. Zwar sei das nur in verschwindend wenig Fällen vorgekommen, in Deutschland bis 1900 in 19 Fällen bei Millionen von Impfungen, und alle diese Fälle seien geheilt worden; man sei aber doch zur ausschließlichen Impfung mit Kuhpockenlympe übergegangen, und die Herstellung und Abgabe der Lymphe werde durch regelmäßige Revisionen der Impfanstalten kontrolliert, auch müßten die dazu verwendeten Tiere tierärztlich für gesund befunden werden. Die Herstellung der Lymphe biete die sicherste Gewähr gegen Krankheitsübertragungen. Die Prüfung der Erkrankungsfälle nach Impfungen haben nur in einer verschwindenden Anzahl von Fällen einen Zusammenhang zwischen Erkrankung und Impfung ergeben, in Preußen in etwa 10 bis 20jährlich, Erkrankungen und zuweilen auch Wandrose; aber auch das seien nicht Wirkungen der Impfung, sondern einer ungewöhnlichen Behandlung der Impfstoffe. Viele Mütter ließen es an Sauberkeit fehlen, verbänden die Armechen mit schmutziger Leinwand, wuschen sie mit Sabun und fogar mit Urin, und das müsse zu Infektionen Veranlassung geben.

Der Kommissar des Reichsgesundheitsamts Dr. Broger wandte sich noch speziell gegen die Gewissensklause, die tatsächlich eine Abschaffung des Impfwangs bedeuten würde. Die günstigen Erfolge in Deutschland seien nicht bloß Wirkungen allgemeiner Sanierungsmaßnahmen, sondern bei allen Pockenausbrüchen habe die sofortige strengenweise Durchimpfung der Bevölkerung ein Umsichgreifen der Seuche verhindert. In der Schweiz, auf das sich die Impfgegner bezögen, sei die Zahl der Pockentodesfälle weit größer. Im Auslande überzeuge man sich immer mehr von der Notwendigkeit der obligatorischen Impfung.

Einige Redner waren gegen die Zwangsimpfung, die große Mehrheit aber für ihre Beibehaltung. Mit 16 gegen 8 Stimmen wurde schließlich der Uebergang zur Tagesordnung über die Petitionen beschlossen.

Glossen zum Becker-Prozess.

Abgeordneter Gothein veröffentlicht über den Greifswalder Prozess gegen Rittergutsbesitzer Becker in der „Hilfe“ eine Anzahl von Glossen, aus denen wir folgendes wiedergeben:

Eine der schwierigsten Aufgaben der Rechtsfindung ist die Bemessung der Strafe. Und da bleibt dem gefunden Menschenverstand einfach der Verstand Hilfe suchen, wenn er vergleicht, daß der Präzedenzfall von Rietschlin zu acht Monaten, der Rittergutsbesitzer Becker, der gegen ein politisches System angekämpft hatte, das von der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes als ein falsches und ungerechtes beurteilt, das nur von einer kleinen Minderheit verteidigt wird, und der in seinen Beschwerden an die höheren Instanzen in begreiflicher nervöser Erregung in der Form gefehlt haben mochte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist.

Eine Geldstrafe würde den Angeklagten, der ein reicher Mann ist, nicht treffen, daher müßte auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden, erklärte der Staatsanwalt. Wir sind 2 Urteile pommerscher Strasskammern in Erinnerung. In dem einen Fall hatte ein konservativer Rittergutsbesitzer unerhörte Mißhandlungen vorgenommen, welche erhebliche Gesundheitsschädigungen bei Kindern zur Folge gehabt hatten. Es hieß in der Begründung, daß mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit der Tat und da sie le-

Mäßig von verteuflischer Gewinnsucht diktiert worden sei, wohl eine empfindliche Freiheitsstrafe am Platz gewesen wäre. Da diese den Angeklagten bei seiner sozialen Stellung ungebührlich hart getroffen haben würde, so habe man es bei einer Geldstrafe bewenden lassen.

Ungefähr zur selben Zeit war in einem Artikel des „Freiswälder Tageblatts“ dem Regierungspräsidenten der Provinz gemacht worden, er habe dem früheren, verbrecherischen Landrat des Kreises Grimmen Zeit zum Entweichen gelassen, um einen Skandal zu vermeiden. Da dessen Vergehen in Grimmen seit langem bekannt waren, erschien der Vorwurf an sich nicht unbegründet. Es wurde Anklage erhoben, und als Verfasser des Artikels meldete sich freiwillig der liberale Rittergutsbesitzer Becker. Der Regierungspräsident erklärte unter dem Zeugeneid, daß die ihm gemachte Unterstellung unwahr sei. Die Strafkammer sprach daraufhin den liberalen Rittergutsbesitzer schuldig, betonte ausdrücklich, daß in der freiwilligen Meldung zur Autorschaft ein ritterlicher Zug läge, erkannte aber auf vier Wochen Gefängnis mit der Begründung, daß eine Geldstrafe den Angeklagten nicht treffen würde. Die Begründung des jetzigen Urteils erklärt, daß auf eine Bewährungsstrafe erkannt werden mußte, weil der Angeklagte wegen Beleidigung bereits mit Gefängnis vorbestraft sei.

Ich bin gewiß gegen jede Bevorzugung des Reichs vor Gericht, aber ich bestreite auf das entschiedenste, daß es der Wille der Gesetzgeber gewesen ist, den Wohlhabenden ins Gefängnis zu stecken für ein Vergehen, das der minder Wohlhabende mit einer mäßigen Geldstrafe büßen kann. Es ist auch eine ganz willkürliche Annahme, daß ein vermögender Mann durch eine Geldstrafe nicht getroffen würde.

Der Gedanke, daß auf eine Gefängnisstrafe zu erkennen ist, weil eine Geldstrafe den Angeklagten nicht treffen würde, darf für Richter überhaupt nicht maßgebend sein, denn der Richter soll ohne Ansehen der Person urteilen; seine Aufgabe ist es nicht — am wenigsten bei politischen Vergehen — Strafvollzugsverschärfungen in das Urteil hineinzutragen. Und der Gerichtshof kommt, wenn er dies tut, auf die schiefe Ebene einer unangenehmen Willkür.

Die hier geschilderten Gegensätze sind gewiß nicht dem angetan, das Ansehen der Rechtspflege zu fördern.

Heidelberg, 13. Jan. Gestern abend erlitt der berühmte Staatsrechtler und Rektor der Heidelberger Universität Geh. Rat Prof. Dr. Georg Jellinek in seiner Wohnung einen Schlaganfall, der noch während der Nacht seinen Tod zur Folge hatte.

Mannheim, 11. Jan. Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ berichtet heute, daß in der Fabrik Benz u. Co. seit einigen Wochen Differenzen zwischen Arbeitern und Direktion wegen Reduzierung der Arbeitszeit beständen, und daß heute früh 75 Mann die Arbeit niedergelegt hätten. Der „Mannheimer Generalanzeiger“ schreibt dazu: Wie wir hören, sind wesentliche Abzüge gemacht worden, noch bestehen allgemeine Differenzen zwischen der Arbeiterschaft und der Direktion. Es hat sich vielmehr herausgestellt, daß durch ein Versehen längere Zeit hindurch eine kleine Anzahl von Ladieren unproportionalmäßig hohe Allokation für eine bestimmte Arbeit ausbezahlt erhielten. Es erfolgte sofort eine Neuregulierung. Die dabei in Betracht kommenden Arbeiter erklärten sich damit nicht einverstanden. Es wurde zehn Tage lang verhandelt und als die betreffenden Arbeiter, 15 Mann, nun heute definitiv erklärten, daß sie die neuen Allokation nicht akzeptieren könnten, wurde ihnen bedeutet, daß sie dann die Konsequenz ziehen müßten. Eine Kündigungsfrist besteht nicht und in folgedessen legten diese direkt von der Neuregulierung betroffenen Arbeiter die Arbeit sofort nieder. Da sich mit ihnen 50 Mann solidarisch erklärten, so haben heute Morgen im Ganzen etwa 60 Mann ihre Arbeitsstätte verlassen. Von der Direktion wird der Bewegung keine besondere Bedeutung beigelegt, namentlich glaubt man nicht, daß die Bewegung auf die anderen Abteilungen übergreift.

Dresden, 12. Jan. Im Königreich Sachsen, wo seit 1906 alljährlich am 1. Dezember eine Viehzählung erfolgt, ergab dieselbe im Jahre 1910 eine nicht unbeträchtliche Verringerung des Viehbestandes gegenüber dem Vorjahre. Nach vorläufiger Feststellung des sächsischen statistischen Amtes gab es 173 397 Pferde, 690 404 Rinder, 712 694 Schweine, 581 850 Schafe und 131 231 Ziegen. Innerhalb des Jahres vermehrten sich die Pferde um 1.10 Prozent, die Schweine um 8.6 Prozent, die Ziegen um 0.2 Prozent, die Rinder und Schafe nahmen um 1.2 Prozent ab. Dem geringen Rückgang der Rinder und Schafe steht die starke Zunahme der Schweine gegenüber, was bei der wachsenden Bedeutung des Schweinefleischverbrauchs für die Volksernährung sehr ins Gewicht fällt.

Hamburg, 14. Jan. In einem aus Buenos Aires eingelaufenen Schiff „Hydaspes“ sind pestverdächtige Ratten gefunden worden. Alle Vorsichtsmaßregeln sind ergriffen.

Uelant.

Rom, 13. Jan. Der Ministerpräsident hat die Krebse zur Einrichtung einer direkten Telephonverbindung Rom-Berlin bewilligt.

Madrid, 13. Jan. Die Eisenbahnverbindungen in Nordspanien sind infolge Schneesturms fast vollständig unterbrochen. Mehrere Flüge sind an verschiedenen Punkten im Schnee stecken geblieben.

Lissabon, 12. Jan. Die Forderungen der unabhängigen Bahnangestellten wurden von der Gesellschaft im Ganzen abgelehnt. Es wurde ihnen eine allgemeine Lohn-erhöhung von 25 Centimes und ein Zuschlag von 10 Prozent auf ihren gegenwärtigen Lohn angeboten. Die Ausständigen sind von diesen Zugeständnissen nicht befreit. Sie haben auch die Forderung des Ministers des Innern, den Süderpreßzug fahren zu lassen, zurückgewiesen.

Lissabon, 13. Jan. Der Ausstand der Eisenbahner zeigt keine Veränderung. Die Bahnhöfe sind verlassen.

Die Versorgung der größeren Orte mit Lebensmitteln geschieht durch Wagen und auf dem Wasserweg.

Oporto, 13. Jan. Nach Proklamierung der Republik waren die Gemeindebehörden von Lissabon und Oporto als die einzigen im Amte belassen worden mit Rücksicht auf ihre republikanische Gesinnung. Gestern hat die Gemeindevertretung von Oporto kollektiv ihre Entlassung eingereicht und mit dem Mangel an Vertrauen seitens des Regierungsvorgängers in Oporto begründet. Der Gouverneur hat gleichfalls seine Entlassung eingereicht.

Württemberg.

Payer wieder als Präsident gewählt.

Stuttgart, 14. Jan. Bei der heute vormittag vorgenommenen Präsidentenwahl wurde v. Payer mit 59 Stimmen wiedergewählt. v. Kiene (Ztr.) erhielt 23 Stimmen, Rembold und Hauffmann je 1 Stimme. Zwei Zettel wurden weiß abgegeben. Payer dankte für die Wahl herzlich und wies darauf hin, daß er jetzt zum 6. mal gewählt sei, ein Glück, das keinem seiner Vorgänger zu teil geworden sei.

Der Wagenpark der württembergischen Staatsbahn.

Der Gesamtbestand der Lokomotiven auf den württembergischen Staatsbahnen betrug nach der letzten Aufstellung 790, 18 mehr als im Vorjahr. Die meisten Lokomotiven, 256 an der Zahl, sind in Stuttgart stationiert. Im Heilbrunner Maschinenbezirk gibt es 181, im Ulmer 180 und in dem von Tübingen 173. Aus dem eigenen Werkstätten der Staatsbahn stammen 185 Stück, von der Maschinenfabrik Esslingen wurden 550, von Krauß u. Cie in München 8 und von Cockerill in Seraing 10 Stück gebaut. Das durchschnittliche Alter der Lokomotiven beträgt 15 Jahre; die älteste noch im Dienst befindliche württembergische Lokomotive wurde vor 46 Jahren gebaut. Von den 790 Lokomotiven sind 788 zur Abgabe von Wagenheizung eingerichtet; Luftdruckbremsen haben 530. Das vergangene Jahr hat übrigens auch eine neue Lokomotivgattung für Württemberg gebracht, die sechsachsige Heißdampf-Schnellzuglokomotive, Klasse C, mit 4 Achsen in Verbundwirkung, drei gekuppelten Achsen, einem vorderen zweiaxigen Drehgestell und einer hinteren Laufräder. Die neuen Lokomotiven, von denen nur der Stuttgarter Maschinenbezirk fünf aufweist, sind zum Befördern schwerer Schnellzüge auf der Hauptbahn bestimmt und ziehen 400 Tonnen Wagengewicht im Flachland mit Steigungen bis 1:500 mit 90 bis 100 Kilom. St. und auf der Steigung 1:100 mit 55 Km. St. Die Leistung des neuen Schnellzugstyps ist etwa 30 Proz. größer als die der bisherigen stärksten württembergischen Lokomotiven.

Personenwagen weist die Staatsbahn 2059 auf. Diese Wagen haben 109 234 Sitzplätze; die Mehrzunahme im letzten Jahr beträgt 80 Wagen mit 7231 Sitzplätzen. 2029 Personenwagen haben Dampfheizung und Luftdruckbremse, 1708 Gasbeleuchtung. Erfreulich ist, daß das hängende Gasglühlicht in weiteren Personenwagen eingerichtet wurde. Lastwagen sind 11 011 mit 147 300 Tonnen Ladegewicht und 22 229 Achsen vorhanden. Dazu kommen aber noch 415 Gepäckwagen und 141 Postwagen. Privatpersonen gehören 157 Wagen, so daß die Gesamtzahl der Lastwagen sich auf 11 724 Stück stellt. Die Verschaffungskosten des gesamten Fahrzeugparks der Staatsbahn belaufen sich auf nicht ganz 101,5 Millionen Mark. Durchschnittlich kostet eine Lokomotive 46 000 Mark, ein Triebwagen 27 600, ein Personenwagen 12 200 und ein Lastwagen 3 453 Mark.

Der Reichsgrundstückstempel muß bezahlt werden.

In der samstags Reichsfinanzreform, die uns der schwarz blaue Block beschert hat, befindet sich bekanntlich auch ein Zuschlag zum Grundstückstempel für das Reich. Als ob es nicht genug wäre, wenn ein Geschäftsmann ein Haus auf Schulden kauft, daß er 2% Umsatz an Staat und Gemeinde zahlen muß. Dabei hat die Mehrheit eine Erleichterung schaffen wollen indem sie bestimmte, daß aus Objekten bis zu 5000 M. diejenigen von dem Zuschlag befreit sein sollten, die den Grundstücksbesitzer nicht gewerbmäßig betreiben und ein Jahreseinkommen von nicht über 2000 M. haben. Da die meisten Gemeinden zur Deckung ihrer Ausgaben Steuern erheben müssen, also gar kein Einkommen haben, hat die Stadtverwaltung Heilbronn die Berechtigung der Erhebung des Zuschlags auf Grundstücke, die die Stadt kauft, bestritten. Sie hat damit gleichzeitig im Einverständnis mit anderen Gemeindeverwaltungen gehandelt. Das Landgericht hatte sich der Ansicht der Stadt Heilbronn angeschlossen, das Oberlandesgericht dagegen hat die Klage der Stadt Heilbronn gegen den Fiskus wegen Rückzahlung des Zuschlags abgewiesen. — Durch diesen Urteil steht fest, daß der Zuschlag an das Reich auch von den Gemeinden bei Erwerbung von Grundstücken zu bezahlen ist, was zweifellos zur weiteren Popularisierung der Reichsfinanzreform beitragen wird.

Württemberg's Steinkohlenbezug.

Ziemlich sichere Schlüsse auf das Gedeihen und die augenblickliche Lage der württ. Industrie lassen die Angaben über den Steinkohlen-Import Württembergs zu. Während das Jahr 1908/1909 mit rund 2,27 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang von 82 000 Tonnen aufwies und sich hierin der allgemeine geschäftliche Niedergang spiegelte, brachten die württ. Eisenbahnen im letzten Rechnungsjahr 1909 auf 1910 wiederum 2,3 Millionen Tonnen Steinkohlen ins Land, also etwa 30 000 Tonnen mehr. Hat somit das vergangene Rechnungsjahr den früheren Stand noch nicht eingeholt, so ist doch eine deutliche Besserung des Verbrauches und damit der wirtschaftlichen Lage zu verzeichnen gewesen. Weit aus den größten Bruchteil seiner Kohlen bezieht Württemberg aus dem Saar- und Ruhrgebiet, aus Belgien usw.; bayrische und böhmische Kohlen kommen nur ganz wenig ins Land. Daß Württemberg als Industrieland hinter dem übrigen Deutschland noch immer beträchtlich zurück-

bleibt, geht daraus hervor, daß auf einen Einwohner bei ihm ein jährlicher Kohlenverbrauch von 959 Klg. entfällt, in ganz Deutschland aber ein solcher von 1500 Klg. Gegenüber dem Vorjahr ist hierin allerdings eine Besserung eingetreten und zwar um 2,8 Klg. pro Kopf; im Deutschen Reich ein solcher um 3,7 Klg. Weit aus die meisten Steinkohlen bezieht Groß-Stuttgart, nämlich 333 Tausend Tonnen. Es folgen Heilbronn mit 129 000 Tonnen, Ulm-Söflingen mit 65 000 Tonnen, Reutlingen mit 61 000 Tonnen, Göppingen mit 53 000 Tonnen. Der Durchgangsverkehr an Steinkohlen auf den württembergischen Eisenbahnen ist nicht unbedeutend; er macht etwa 281 000 Tonnen aus oder etwa den zehnten Teil des gesamten Verkehrs.

Stuttgart, 14. Jan. (Vom Hofe.) Der König ist gestern früh 8 Uhr nach Cap San Martin abgereist.

Stuttgart, 13. Jan. (Staatsbahnelektrifizierung.) Wie aus Eisenbahn-Beamtenkreisen verlautet, wird auf den technischen Büros der württ. Staatsbahnverwaltung seit einiger Zeit mit aller Energie an der Ausarbeitung von Projekten für die Elektrifizierung von Staatsbahnstrecken gearbeitet. Es handelt sich hierbei in erster Linie um das schon vor längerer Zeit, namentlich in Baden erörterte Kurgalprojekt. Hierbei sollen für Württemberg bei einem Zusammengehen mit Baden 12 000 PS., durch ein eigenes württ. Werk dagegen bedeutend mehr (18 000 PS.) gewonnen werden. Bei Ausführung des letzteren Werkes würden allerdings auch ganze, kleine Anstaltungen verschwinden müssen. Weiter soll ein ziemlich bedeutende Wasserkraft besitzendes Zustüchen der oberen Enz (wohl die zwischen Neuenbürg und Calmbach mündende Eyach) in Erwägung gezogen sein. Ueber das ganze wird z. Bt. eine rasch ihrer Vollendung entgegengehende Denkschrift an die Stände ausgearbeitet.

Nah und Fern.

Einbruchdiebstahl.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde in dem Juweliergeschäft von Schwarzlopf in Göggingen ein schwerer Einbruchdiebstahl verübt. Es wurden Brillant- und goldene Herren- und Damenuhren und Ketten sowie 600 M. Bargeld gestohlen. Alles in allem dürfte sich der Verlust auf 5-6000 M. belaufen. Soweit es sich um Goldwaren handelt, ist Herr Schwarzlopf versichert. Der Einbruch scheint gegen 2 Uhr nachts verübt worden zu sein. 3 Türen mußten vom Hauseingang aus erbrochen werden, um in den Laden zu gelangen. Die Schlüssel sind z. T. herausgenommen, die Scherben der Schauläden eingedrückt. Auch auf dem Boden, wo einige Waren lagen, hat der Einbrecher Umschau gehalten. Ein darunter wohnender Mann hörte um die fragliche Zeit Geräusch, beachtete es aber nicht weiter. Der neben dem Hause laufende Brunnen mit seinem Geplätscher dämpfte durch sein eigenes, das verdächtige Geräusch und begünstigte so den Einbruch. Der Polizeihand Sberlopf ist requiriert.

Hotelbrand.

In Montreux steht das große Hotel Continental in Flammen. Die Hotelgäste wurden gerettet, dagegen ist das Reisegepäck verloren. Der Brand in dem Hotel Continental ist nachts ausgebrochen. Das Hotel, das für 450 Gäste eingerichtet ist, war ganz besetzt. Die Fremden wurden von dem Brand im Schlaf überrascht, viele mußten über die Dächer flüchten, doch ist niemand zu Schaden gekommen. Ein großer Teil des Hotels ist zerstört.

Vor 40 Jahren.

Denkwürdigkeiten an den deutsch-französischen Krieg.

Montag, den 16. Januar.

Schlacht an der Vifaine. (2. Tag.) Verfolgungsgefecht bei Mencon, Gefecht St. Quentin, Gefecht bei Avalon, Scharmützel vor Langres, Ausfallgefecht bei Essort, Vorpostengefecht bei Dasle, Gefecht bei St. Lomès, Luzenil, Recognoszierung gegen Rompout. (Aus der 156. Depeche vom Kriegsschauplatz.)

Brevilliers. „Der Feind griff gestern mit aufscheinend vier Korps von Chagny bis Montbeliard lebhaft, besonders mit Artillerie an. Auf allen Punkten ist der Angriff zurückgeschlagen und meine Position auf keiner Stelle durchbrochen. Diesseitiger Verlust zwischen 300 und 400 Mann. Der Kampf dauerte von morgens halb 6 Uhr bis abends halb 6 Uhr. v. Werder.

157. Depeche vom Kriegsschauplatz.

Berjailles. An die Königin Augusta. General von Werder ist gestern von Bourbadi mit vier Korps in seiner Position vor Belfort bei Montbeliard und Chagny angegriffen worden und hat in einem sechsständigen Kampfe alle Angriffe abgeschlagen, so daß an keiner Stelle der Feind die Stellung durchbroch. Verlust nur 300-400 Mann. Hauptächlich Artilleriekampf. Bei La Mans ist die Zahl der Gefangenen auf 20 000 gestiegen, während des Rückzuges des Feindes nach Mencon nördlich und Cavot westlich auch noch fortwährend Kriegsmaterial und Vorräte erbeutet, sowie 4 Lokomotiven und 400 Waggons. Wilhelm.

Berlin. Der englische Botschafter Lord Loftos und mehrere Diplomaten nahmen persönlich Kenntnis von französischen Kugeln mit geschicktem Ziel, die ihnen auf dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten gezeigt wurden.

Berjailles. (Aus der 158. Depeche vom Kriegsschauplatz.) Vor Paris trat der Feind auf der Südfront mit neuen Batterien auf, deren Feuer jedoch erfolgreich bekämpft wurde. Diesseitiger Verlust 2 Offiziere, 7 Mann. — Vor Paris dauert das Feuer unserer Batterien in wirksamer Weise und mit geringen Verlusten fort. v. Poddjaski.



Wildbad, 16. Januar. Winter-Idylle. Sonntag-Morgen, — in den Straßen Wildbads herrscht noch tiefe Stille. Frohlich hell liegt die Schneedecke über das Städtchen, dessen Häuser unter der riesigen blendend weißen Schneekappe still-friedlich hervorlugen. Auf den Bergen steigt die Morgenröte und verleiht den Gipfeln schimmernden Glanz und leuchtende Farben. Goldig erglänzen die Tannen und grünen in plastischer Schönheit das stille Tal. Silberglöckchen durchbricht die Stille — ein Schlitten zieht durch die noch schlaftrunkenen Straßen. Da künden die Glocken vom nahen Kirchturm mit wuchtigen Schlägen die achte Stunde, und ein paar Minuten später strömt vom Bahnhof her eine große Menschenmenge. Stadtbewohner sind es, denen früher der Märchenzauber des Winters ein unbekanntes Land war, jetzt wissen sie es, wie wunderbar und schön es ist. Für die Bergbahn beginnt ein arbeitsreicher Tag. Trupp auf Trupp befördert sie

in die bergige Winterwelt. Auf saurem Ski und auf flinkem Rodel geht durch den verschneiten Forst. Da dehnt sich die Brust, da glänzt das Auge und schimmert und leuchtet wie ringsum die Milliarden Schnee-Edelsteine im Sonnenglanze funkeln. Schneegerister spinnen ihre Zauberfäden, mit denen sie den Wald wie in einem Traum umspinnen haben, auch um die Menschenherzen aus. Und wie Tanne an Tanne, Strauch an Strauch geschwisterlich unter dem weißen Zauber aneinanderstehen, so finden sich die Menschenherzen in der Bewunderung dieser Schönheit und vereinen sich und stimmen mit ein in die große Harmonie des Winters zum Lobe des Ewigen. Immer lebendiger wird es. Neue Rodler und weitere Skiläufer kommen dazu. Ein lustiges Bild entrollt der Nachmittag: Stolz flattert die Fahne am Startplatz der Rodelbahn. Männlein und Weiblein laufen dem Tale zu, es folgen Damen und Herren in schlichten Sportkostümen, alle Formate sind

vertreten, leichte und behäbige, große und kleine. „Mit Herren, junge Herzen finden sich nach langer Zeit und es schmelzen ihre Herzen voller Lust und Seligkeit.“ Mit kräftigem Imbiss und gutem Tropfen stärkte das Berghotel die müden „Seelen“, die sich darum zahlreich dort einfanden. Als der Abend auf leisen Schwingen herniederfand und dem fröhlichen Zaubere ein Ende bereite, da sammelten sich die Winterportler in Wildbads gastlichen Häusern, in Hotels und Restaurants, und beim Bier und Wein erzählten sie ihre „Geldentaten“, ließen sie das Froherlebte noch einmal im Geiste an sich vorüberziehen. Ein Wald von Schneeschuhen pflanzte sich Abends auf dem Bahnhof aus und das letzte „Jägale“ brachte unsere Wintergäste wieder heimwärts. „Auf Wiedersehen“ soll es ihnen nachklingen, auf Wiedersehen zu neuer Freude, neuer Lust!

Bekanntmachung

betreffend
die Anmeldung der Militärpflichtigen zur Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle.

Auf Grund des Reichsmilitärgesetzes und der deutschen Wehrordnung Par. 25 und 45 ff wird folgendes bekannt gemacht.

I. Zum Zwecke der Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle haben sich in der Zeit

vom 15. Januar bis 1. Februar 1911

bei der Ortsbehörde zu melden:

1. Alle im Kalenderjahr 1891 geborenen und daher mit dem Beginn des Jahres 1911 in das militärpflichtige Alter eingetretenen jungen Männer, welche dem deutschen Reiche angehören (einschließlich derjenigen, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst erlangt haben und ihre Zurückstellung nicht beantragen).

Diese haben bei der Anmeldung ihr Geburtszeugnis vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht an ihrem Geburtsort selbst erfolgt.

2. Alle Militärpflichtigen früherer Altersklassen und zwar so lange, bis eine endgültige Entscheidung über ihre Dienstpflicht erfolgt ist. Dazu gehören insbesondere die wegen zeitiger Unmündigkeit, in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse oder als überzählig Zurückgestellten.

Diese Anmeldepflichtigen haben bei der Anmeldung den im ersten Militärpflichtjahr erhaltenen Lösungsschein vorzulegen und etwa eingetretene Veränderungen (in betreff des Wohnortes, des Gewerbes, des Standes etc.) dabei anzugeben.

Frei von der Wiederholung der Anmeldung sind nur diejenigen Militärpflichtigen, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Erfahrungsbehörden ausdrücklich davon entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt worden sind.

3. Eingewanderte, bei früheren Aushebungen Uebergangene etc. (R. M. G. Par. 11), welche im militärpflichtigen Alter stehen.

II. Die Anmeldung hat bei der Ortsbehörde desjenigen Ortes zu erfolgen, an welchem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat.

Als dauernder Aufenthalt gilt jeder nicht bloß vorübergehende Aufenthalt, ohne Rücksicht darauf, ob er von bestimmter oder unbestimmter Dauer ist. Daber haben sich Haus- und Wirtschaftsbeamte, Handlungsgehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Dienstmoten und in ähnlichen Verhältnissen lebende Personen an dem Orte zur Rekrutierungsstammrolle zu melden, wo sie in Diensten stehen, es wäre denn, daß sie nur tagsüber wegen ihres Dienstes dahin kommen und in einem andern Orte ihre Wohnung (oder Schlafstelle) haben, in welchem Falle sie an letzterem Orte sich anzumelden haben.

Studierende, Gymnasialisten und Höglinge anderer Lehranstalten haben sich an dem Ort der Lehranstalt anzumelden, der sie angehören, ausgenommen der Fall, daß sie ihre Wohnung an einem andern Orte haben, von welchem aus sie die Lehranstalt besuchen.

Wer innerhalb des Reichsgebietes seinen dauernden Aufenthalt hat, hat sich bei der Ortsbehörde seines Wohnortes, d. h. desjenigen Ortes anzumelden, an welchem sein oder, sofern er noch nicht selbstständig ist, seiner Eltern oder Vormünder ordentlicher Gerichtsstand sich befindet.

Wer innerhalb des Reichsgebietes weder einen dauernden Aufenthalt noch einen Wohnort hat, hat sich in seinem Geburtsort und, wenn der Geburtsort im Ausland liegt, in demjenigen Orte zur Stammrolle anzumelden, an welchem die Eltern oder Familienhäupter den letzten Wohnort hatten.

III. Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnort nach einem andern Aushebungsbezirk oder Musterungsbezirk verlegen, haben dieses behufs Berichtigung zur Stammrolle sowohl beim Weggang der Behörde oder Person, welche sie in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden.

IV. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Nr. II zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf Reise begriffene Handlungsdiener, auf See befindliche Seefleute etc.), so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehr- Brot- oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden.

V. Die Versäumnis der Meldefristen entbindet nicht von der Meldepflicht, ebensowenig entbindet unterlassene Anmeldung zur Stammrolle von der Gestellungslicht, d. h. von der Verpflichtung, in den von den Erfahrungsbehörden anberaumten Terminen zu erscheinen.

VI. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Wildbad, den 12. Januar 1911.

Stadtschultheißenamt: B a h n e r.

Arbeiter-Gesuch.

Für die Bahnunterhaltung werden zu sofortigem Eintritt mehrere tüchtige Arbeiter, die sich für Unterbeamtenstellen eignen, gesucht. Alter 21 bis 32 Jahre. Bei guter Führung dauernde Beschäftigung und spätere Anstellung.

Neuenbürg, den 14. Januar 1911.

A. Württ. Bahnmeisterei.

Freiwillige Versteigerung.

Morgen Dienstag den 17. ds. von nachmittags 1 Uhr ab werden im Hause des Wilhelm Treiber sen. Rathhausgasse hier, verschiedene Korbwaren, Kinder- und Puppentwagen etc. öffentlich gegen sofortige Barzahlung versteigert, wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.

3 sieben Wochen alte Küden

hat billig zu verkaufen.

G. Rometsch, Hotel Stolzenfels.

20% auf sämtliche

Winter-Mäntel

mit Ausschluß der Plüsch- und Sammt-Paletots.

Gustav Kienzle, Königl. Hoflieferant, König-Karl-Straße 187.

Neapler

Maronen und Kastanien

per Pfund 30 Pfg. J. Honold, König-Karlstr. 81.

Eine Wohnung

von 4-5 Zimmer, event. mit Gartenanteil, oder eine

kleinere Villa

möbliert oder unmöbliert, wird für das ganze Jahr zu mieten gesucht. Angebote an die Exped.

Einem Posten farbige Winterjacken und Mäntel

verkauft, um damit zu räumen, mit 20-40% Rabatt! H. Schanz Damenkonfektion, König-Karlstraße 178.

Das Beste für die Augen

bestes Stärkungs- und Erfrischungsmittel für schwache entzündete Augen und Glieder ist das seit bald 100 Jahren weltberühmte ärztlich empfohlene

Kältnische Wasser

von J. C. Fochtenberger in Heilbronn-Lieferant fürstl. Häuser, Ehrendiplom. Feinstes Aroma, billigstes Parfüm. In Flaschen: à M. —.45, —.85, u. 1.10 Alleinverkauf f. Wildbad

Hans Grundner Drogerie.

Evgl. Kirchenchor

Wildbad, Heute Abend

Singstunde

Damen und Herren 8 Uhr. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Vermischt

wird in kurzer Zeit Husten, Katarrh, Lungen-, Brust- und Halsleiden, Influenza

u. deren Folgen, wenn man sofort das uralte Hausmittel

anwendet. — Per Paket 50 Pfennig.

Knöterich - Brustthee

Drogerie Hans Gundner.

MAGGI'S Würze

hilft sparen!

Die dünneste Wassersuppe, jede schwache Bouillon, ebenso Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich feinen, kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI'S Würze.

Achtung vor Nachahmungen!

Ehe man Möbel kauft, besichtige man

Sickinger's Möbellager

Pforzheim :: Waisenhausplatz 8.

Es ist und bleibt eine gute, billige Bezugsquelle in allen Sorten

Möbeln und Betten

:: :: bei nur fachmännischer Ausführung. :: :: Größte Auswahl! — Billige Preise!

Für die Winter-Saison:

empfehle mein großes Lager in

Pelzwaren

aller Art, vom einfachsten bis feinsten

Hüte, Mützen, Gamaschen, für Herren und Knaben

Karl Rometsch, Kürschner,

Ankauf von Marder-, Iltis-, Fuchs- und Hasenfellen zu höchsten Preisen

Eigene Kürschner-Werkstätte.

Trotz des großen Aufschlages in alten

Weinen

und der enorm hohen Preise der diesjährigen, bin ich durch frühzeitige Deckung meines Lagers in Stand gesetzt, meine bekannten

guten Qualität, verschied. Jahrgänge

in rot und weiß, noch äußerst billig zu offerieren. — Wirte mache ich auf ein sehr großes Quantum

1909er Rotwein

aufmerksam und stehen Muster und Preise

gerne zu Diensten. —

Emil Meisel, Neuenbürg.

Auf reinwollene Trikotagen in Kammgarn,

Hemden, Jacken, Beinkleider,

für Herren und Damen, (vorzügliches Fabrikat) gewähre

15 Prozent Rabatt,

wegen noch großem Vorrat.

Phil. Bosch.

